

lich vorgeschriebenen Prüfungsfächer reduziert, so daß die jeweiligen Hochschulen Prüfungsfächer einführen können, die sie für wichtig erachten. Bislang wurden bei den staatlichen Prüfungen fünf Fächer geprüft, nämlich außer Chinesisch, Mathematik und einer Fremdsprache für Geisteswissenschaftler Geschichte und Politik, für Naturwissenschaftler Physik und Chemie. Künftig wird es in stärkerem Maße Eignungsprüfungen geben, für die die Hochschulen ihre eigenen Maßstäbe setzen.

Dies wird u.a. dadurch bestätigt, daß auf der obengenannten Tagung auch Maßnahmen zur Regelung der Aufnahme von Studenten auf Empfehlung (*baosong sheng*) erörtert wurden. In diesem Jahr dürfen die Hochschulen einiger Provinzen und provinzfremder Städte Eignungsprüfungen bei empfohlenen Studenten durchführen (GM-RB, 23.3.98, S.2), d.h. diese Studenten brauchen sich nicht an den nationalen Aufnahmeprüfungen zu beteiligen. -st-

26 Regelung des Schulbesuchs für Kinder von Wanderarbeitern

Kinder von Wanderarbeitern beeinträchtigen derzeit immer noch die Einführung der neunjährigen Schulpflicht, weil sie vielfach keine Schule besuchen. Ein großer Teil der Wanderarbeiter lebt illegal in den Zielgebieten und entzieht sich daher der gesetzlich vorgeschriebenen Schulpflicht. Zur Behebung dieses Mißstandes haben das Bildungsministerium und das Ministerium für öffentliche Sicherheit erneut „Vorläufige Bestimmungen für den Schulbesuch von Kindern der Wanderbevölkerung“ erlassen. Darin wird festgelegt, daß hauptsächlich öffentliche Ganztagschulen Kinder von Wanderarbeitern als Gast Schüler aufnehmen müssen und daß daneben auch nichtstaatliche Schulen speziell für Wanderkinder betrieben werden können, auf denen Schulgeld genommen werden kann. Untersuchungen zufolge sollen mittlerweile in die großen Städte und die entwickelten Küstengebiete die Arbeiter nicht mehr in Gruppen, sondern in Familien wandern, so daß die Zahl der betroffenen Kinder ständig steigt. In dieser Situation fordert die Regierung alle Orte auf, durch die Einrichtung von Gast Schülerplätzen an öffentlichen Ganztagschulen oder von nichtstaatlichen Schulen oder Klassen spe-

ziell für Kinder der Wanderbevölkerung den Schulbesuch dieser Kinder zu gewährleisten. Die Regierungen der Zielorte sind den Bestimmungen zufolge verpflichtet, Bedingungen für den Schulbesuch dieser Kinder zu schaffen und ihnen Gelegenheit zum Besuch einer Schule zu geben. Probleme wie Registrierung, Schulgeld und Schultyp sind von den örtlichen Regierungen selbst zu lösen. Vorgeschrieben ist nur, daß – ganz gleich, welcher Schultyp eingerichtet wird – diese Schulen nicht gewinnorientiert arbeiten dürfen, d.h. sie dürfen keine erhöhten Gebühren fordern, sondern können nur ein festgelegtes moderates Schulgeld erheben. Die Höhe des Schulgelds für spezielle Schulen, Klassen oder Unterrichtsgruppen muß niedriger liegen als für Gast Schüler an öffentlichen Ganztagschulen; außerdem unterstehen die speziell eingerichteten Schulen und Klassen der Aufsicht durch die Bildungsbehörden. (Vgl. RMRB, 23.3.98)

Bemerkenswert ist, daß die Zielorte gehalten sind, den hinzugekommenen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen, d.h. die Zielorte sind für die Einhaltung der Schulpflicht in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Damit wird das Problem der Mißachtung der Schulpflicht durch die Wanderbevölkerung pragmatisch angegangen. Im Jahre 1996 waren schon einmal versuchsweise Bestimmungen für den Schulbesuch von Migrantenkindern erlassen worden (vgl. C.a., 1996/6, Ü 17). Damals war verfügt worden, daß schulpflichtige Migrantenkinder in ihren Heimatorten zur Schule gehen müssen. Dies ist aber nur möglich, wenn ein Elternteil oder sonstige Verwandtschaft zurückbleibt, die sich um die Kinder kümmern können. Wenn heute aber vorwiegend ganze Familien ihre Heimatorte verlassen, ist es realistischer, sie am Zielort zum Schulbesuch zu verpflichten. Die Zielorte sind jedoch zumeist finanziell und kapazitätsmäßig überfordert. Nur ein kleiner Teil der zugewanderten Kinder kann in reguläre Schulen aufgenommen werden. Deshalb müssen spezielle Einrichtungen geschaffen werden, und obwohl Schulgeld der allgemeinen Schulpflicht widerspricht und bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft ist, darf es für diese Spezialeinrichtungen erhoben werden (vgl. dazu auch C.a., 1997/4, Ü 10). -st-

Außenwirtschaft

27 Außenhandel weiter auf Erfolgskurs

Obwohl chinesische Produkte durch die Abwertung in den asiatischen Nachbarländern unter stärkeren preislichen Wettbewerbsdruck geraten sind, wiesen die Ausfuhren in den ersten zwei Monaten d.J. weiterhin hohe Wachstumsraten auf. Im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöhten sich bis Februar die Exporte um 15,7% auf 24,83 Mrd.US\$, während das Importvolumen mit 17,69 Mrd.US\$ nahezu vergleichbar hoch wie in den ersten zwei Monaten des Vorjahres blieb. Daraus resultierte ein Handelsüberschuß von 7,14 Mrd. US\$ (Januar 1998: 3,99 Mrd.US\$). Während die Exporte in die asiatischen Nachbarn zurückgingen, nahmen die Ausfuhren nach Europa und in die USA weiter zu (keine näheren Angaben dazu). (SCMP, 14.3.98)

Ob es sich bei der Entwicklung bis Februar noch um alte Auftragsbestände handelt oder ob bereits die Maßnahmen der Regierung zur Förderung der Ausfuhren wirken, ist unklar. Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählt die Erhöhung der Steuerrückerstattung für Textilexporteure von zuvor 9% auf 11%. Die Textilindustrie war für eine besondere Förderung zuerst ausgewählt worden, da sie wichtiger Devisenbringer ist und bereits unter starkem Anpassungsdruck steht. Möglicherweise werden auch die Steuerrückerstattungen für andere Exportindustrien wie Elektronik, Maschinenbau und Stahlindustrie angehoben werden, die ebenfalls von der Abwertung der Wechselkurse in den Nachbarstaaten Chinas betroffen sind. (AWSJ, 24.3.98)

Als weitere Exportfördermaßnahme gilt die von der Export-Import Bank angekündigte Erhöhung der Exportkredite um mehr als 60% im Jahre 1998. Insgesamt wird die Bank den Exporteuren ein Volumen von rd. 2,93 Mrd.US\$ bereitstellen. Hierdurch sollen insbesondere Ausfuhren wie Transportschiffe, Ausrüstungen, Telekommunikationsanlagen und Elektronikprodukte finanziert werden. (AWSJ, 24.3.98)

Darüber hinaus sollen die Exporte auch dadurch ausgeweitet werden, daß neue Unternehmen in diesem Jahr eine Außenhandelslizenz erhalten. So sollen dem stellvertretenden MOFTEC-Minister Li Shan zufolge rd. 1.000 große und mittelgroße Staatsunternehmen zum Außenhandel neu zugelassen werden. Auch nichtstaatliche Unternehmen und private Handelsunternehmen sollen eine Außenhandelslizenz erwerben können. (AWSJ, 31.3.98)

Weiterhin dient auch die Abschaffung von Exportquoten für bestimmte Produkte dem Ziel, die Ausfuhren weiter zu erhöhen. Nach Angaben der *International Business Daily* will die Regierung bestehende Exportquoten und Exportlizenzen bei 27 Ausfuhrprodukten zum 1.4.98 aufheben. Diese Exportquoten sollen sich auf rd. 20% des gesamten Exportvolumens beziehen. (SWB FE/D3187/CNS 28.3.98; AWSJ, 24.3.98)

Dem Bericht der *International Business Daily* nach sollen außerdem permanente Exportquoten umgewandelt werden in übertragbare Quoten, um konkurrenzfähige Unternehmen stärker zu fördern. Diese sollen die übertragbaren Quoten zukünftig erhalten. Vorgesehen ist eine direkte Verteilung von 15% der Textilexportquoten für die USA und Europa auf Textilunternehmen, die erfolgreich arbeiten und eine Außenhandelslizenz aufweisen. Gleichzeitig soll jedoch die Ausstellung von Ursprungszeugnissen stärker überwacht werden, um kritische Beobachter in den Zielmärkten zu beruhigen. (SCMP, 24.3.98) -schü-

28 Höhere Devisenreserven und Kapitalanlagen im Ausland

Ende 1997 stiegen die Devisenreserven Chinas auf 139,9 Mrd. US\$. Gegenüber 1996 erhöhten sich die Reserven damit um 34,9 Mrd. US\$. Der Wechselkurs gegenüber dem Dollar blieb im wesentlichen stabil. Zwischen dem Wechselkurs Anfang 1997 von 1 US\$: 8,2984 RMB bis Ende 1997 von 1 US\$: 8,2796 RMB lag lediglich eine geringfügige Aufwertung. (XNA, 5.3.98)

Ein zunehmender Teil der Devisenreserven wird von der chinesischen Regierung als Kapitalanlage ins Ausland transferiert. Hierzu zählt beispielsweise der Kauf von Staatsobligationen in den USA. Über die Höhe gibt es

keine genauen Angaben, sondern es bestehen nur Schätzungen. So sollen mehr als ein Drittel der Devisenreserven in US-Schatzobligationen angelegt worden sein. Allerdings sind die Gewinne aus dieser Kapitalanlage nicht sehr hoch. Während China schätzungsweise im Durchschnitt für die Auslandsschulden von rd. 130 Mrd. US\$ Zinsen in Höhe von 7-8% bezahlt, beträgt der Zinssatz für die US-Schatzobligationen lediglich rd. 5%.

Ein weiteres Beispiel für den Einsatz von Devisenreserven durch die chinesische Regierung im Ausland ist die Zahlung von 1 Mrd. US\$ an den Internationalen Währungsfonds im letzten Jahr, um sich an der Unterstützungsaktion für Thailand und Indonesien zu beteiligen.

Als Gründe für die Kapitalanlage kommen u.a. in Betracht, daß zu hohe Investitionen im Inland zu einer inflationären Entwicklung beitragen könnten. (AWSJ, 31.3.98) -schü-

29 Zunehmendes Engagement ausländischer Unternehmen in Chinas Maschinenbau

In den letzten Jahren hat sich das Engagement ausländischer Unternehmen im chinesischen Maschinenbau zunehmend verstärkt. Folgende Merkmale charakterisieren dies Engagement:

Anstieg der Anzahl von Unternehmen mit Auslandskapital

Obwohl nach wie vor sino-australische Joint Venture-Unternehmen noch die Mehrzahl der Unternehmen mit Auslandskapital und hinsichtlich des Investitionsvolumens darstellen, erhöhte sich die Zahl der in 100%igem ausländischen Eigentum befindlichen Unternehmen seit 1996 beträchtlich. Ende 1996 entfiel auf die letztgenannte Rechtsform ein Anteil von 29% der Gesamtzahl aller Unternehmen mit Auslandskapital und 25% des vertraglichen Investitionsvolumens der Unternehmen.

Anstieg der Unternehmen mit Auslandskapital, die eine Mehrheitsbeteiligung aufweisen

Ende 1996 wiesen die Unternehmen mit Auslandskapital zu einem Anteil von 66% eine chinesische Mehrheitsbeteiligung und zu 23% eine ausländische Mehrheitsbeteiligung auf. In den restlichen 11% der Unternehmen bestand eine paritätische Betei-

ligung. Obwohl die Zahl der ausländischen Mehrheitsbeteiligungen insgesamt noch nicht sehr hoch ist, gibt es jedoch eine zunehmende Tendenz in den letzten Jahren. So betrug dieser Anteil im Jahre 1995 rd. 46%. In den Projekten mit einem Volumen von mehr als 10 Mio. US\$ im Jahr 1997 war die Mehrzahl der Unternehmen durch eine Mehrheitsbeteiligung des ausländischen Partners gekennzeichnet.

Anstieg des Technologieniveaus

Unternehmen mit Auslandskapital haben neben Kapital auch moderne Technologien mit nach China gebracht. Insgesamt ist das technologische Niveau in der chinesischen Maschinenbauindustrie inzwischen vergleichbar mit dem Weltniveau in den 80er und 90er Jahren bei Produkten wie Pkw, Fahrstühlen, Fotoapparaten, Kopierern sowie den meisten Produkten der Unternehmen mit Auslandskapital. Die Joint Venture-Unternehmen haben zwar einerseits zu einer allgemeinen Höherbewertung des Standards der Maschinenbauprodukte beigetragen, andererseits jedoch gleichzeitig zu einer geringeren Bewertung des Produktionsniveaus rein chinesischer Unternehmen geführt. Weiterhin weisen die sino-australischen Gemeinschaftsunternehmen auch keine Forschungs- und Entwicklungsinstitutionen in China auf, sondern sind eher Werkstätten für Auslandsunternehmen.

Konzentration der Auslandsinvestitionen

Aus der regionalen Perspektive betrachtet, konzentrieren sich die meisten Auslandsinvestitionen in die Maschinenbauindustrie in der Küstenregion. Hierauf entfielen im Jahre 1991 rd. 87% der Projekte und 79% der Investitionen. Dieser Anteil sank bis 1996 lediglich auf 82% bzw. stieg sogar auf 84% bei den Investitionen bis zum Jahre 1996.

Sektoral betrachtet, konzentrierten sich 60% der Investitionen auf die Branchen Automobile, elektrische Haushaltsgeräte, Maschinen- und Gerätebau sowie auf petrochemische und allgemeine Maschinen. Auf Investitionen in den Branchen Instrumente, Bergbaumaschinen, Werkzeugmaschinen und Grundkomponenten entfiel ein Anteil von 20%. (CEN, No.11, 23.3.98)

Sinkende Marktanteile der chinesischen Unternehmen haben das Ma-

schinenbauministerium zu einer stärkeren Förderung der Inlandsunternehmen gebracht. Ergebnisse der Unterstützung waren 1996 die Vergabe von ISO-Zertifikaten an 240 staatliche Groß- und Mittelunternehmen für ihre Produkte. Die Entwicklung von Markenprodukten, Qualitätsbetrieben und technischen Zentren wird als Strategie vom Maschinenbauministerium verfolgt, um die chinesischen Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen. Auch die Fusion von Unternehmen zu Unternehmensgruppen dient diesem Ziel. Ende Januar wurde der Zusammenschluß eines Konglomerates von 29 Unternehmen und Instituten zur China Machinery Group (CMG) durchgeführt. Andere Zusammenschlüsse wie der von zwei Shanghaier Großunternehmen, die Shanghai Electric Products Manufacturing Group und die Shanghai Machinery & Electrical Share Holding Corp. zur Shanghai Electric Products Manufacturing Group, zählen dazu.

Nach Angaben des Maschinenbauministeriums sollen derzeit rd. 5.270 Joint Venture-Unternehmen mit einem Investitionswert von 5,2 Mrd. US\$ in China engagiert sein. Bis 1995 waren deutsche Unternehmen mit Investitionen in Höhe von 150 Mio. US\$ daran beteiligt. (Siehe hierzu „Chinas Maschinenbau rüstet auf“, in: *China Contact*, 3, 1998, S. 73-76.) -schü-

Binnenwirtschaft

30 Regierungsbericht Li Pengs auf dem Nationalen Volkskongreß

Auf dem 9. Nationalen Volkskongreß (NVK) Anfang März dieses Jahres stellte Li Peng den Regierungsbericht vor, der die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1997, der letzten fünf Jahre sowie die Planungsschwerpunkte für 1998 enthält. Während auf die wirtschaftlichen Ergebnisse des letzten Jahres in einem Artikel des nächsten Heftes von *China aktuell* ausführlich eingegangen wird, sollen an dieser Stelle die Schwerpunkte der Wirtschaftsplanung für 1998 vorgestellt werden.

Bevor auf die Planung für 1998 eingegangen wird, zunächst ein kurzer Blick auf die von Li Peng herausgestellten Widersprüche und Pro-

bleme der derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Hierzu werden die beträchtliche Anzahl von Staatsbetrieben gezählt, die Produktions- und Operationsprobleme haben, die steigende Anzahl von entlassenen und arbeitslosen Arbeitskräften und der größere Druck auf den Arbeitsmarkt. Weitere Probleme seien die als schwach bezeichnete Basis für die Agrarwirtschaft, das verbreitete Phänomen, überflüssige Projekte zu bauen, sowie die geringe Qualität und Leistung der nationalen Wirtschaft. Auch die Finanzüberwachung wird als unzureichend bezeichnet. Die regionale Wirtschaftsentwicklung sei weiterhin sehr ungleich, und auch die Einkommensverteilung in verschiedenen Sektoren sei nicht rational. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen in den städtischen und ländlichen Gebieten seien die Lebensumstände nach wie vor sehr schwierig. Auch zunehmende Umweltprobleme aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Wirtschaftswachstums werden von Li Peng genannt sowie bürokratisches Verhalten der Funktionäre und Korruption.

Folgende Schwerpunkte für die Wirtschaftsentwicklung 1998 werden im Regierungsbericht aufgeführt:

Landwirtschaft: Als oberstes Ziel wird die Stabilisierung und Stärkung der Landwirtschaft genannt. Gute Ernteergebnisse und eine Verbesserung der Einkommen der Bauern sollen zur sozialen Stabilität in den ländlichen Gebieten beitragen. Die Planung sieht einen Getreideertrag von 492,25 Mio. t vor, der damit auf dem Niveau des Jahres 1997 liegen würde.

Weiterhin sollen die Distributionskanäle für landwirtschaftliche Produkte und die Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten ausgeweitet werden. Ziel ist die Integration von Produktion, Verarbeitung und Vermarktung und die Beteiligung der Bauern an den Vorteilen dieses integrierten Systems.

Die Reform des Getreideankaufs und des Marketingsystems wird eine weitere wichtige Aufgabe in diesem Jahr sein.

Hinsichtlich des Vertragssystems, bei dem ländliche Haushalte Boden zur Nutzung pachten, wird im Bericht darauf verwiesen, daß die Vertragsdauer auf weitere 30 Jahre verlängert werden soll.

Industrie: Der Bericht betont die Reform der Staatsunternehmen als zentrale Aufgabe in der wirtschaftlichen Umstrukturierung. So sollen die meisten großen und mittelgroßen staats-eigenen Verlustunternehmen in den kommenden drei Jahren in erfolgreiche Unternehmen mit Hilfe von Reorganisation, Modernisierung, verbessertem Management etc. umgewandelt werden. In der Textilindustrie, die sich besonders großen Problemen gegenübersteht, soll mit den Reformen begonnen und dann auf andere Branchen ausgedehnt werden.

Der Erfolg der großen Unternehmen wird als besonders wichtig für die Steigerung der Effizienz des gesamten Staatssektors herausgestrichen. In wichtigen Industrien werde die Regierung die Bildung von Unternehmensgruppen fördern, wobei diese über die Grenzen von Ministerien, Regionen und Eigentumsformen gegründet werden sollen.

Auch die Stärkung und Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Steuerung ist im Regierungsbericht für 1998 geplant. Das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr soll ein Niveau von 8% erreichen; die Inflationsrate (Einzelhandelspreisanstieg) soll auf 3% beschränkt werden. Die Planung sieht lediglich eine Steigerung der Anlageinvestitionen um 10% vor, die hauptsächlich in die Bereiche Infrastruktur für Energieentwicklung, Transport, Telekommunikation und Umweltschutz fließen sollen. Über das verschiedentlich angekündigte Konjunkturprogramm gibt der Regierungsbericht keine Informationen. (SWB FE/3168, 6.3.98) -schü-

31 Hohe Staatsanleihen zur Finanzierung des Staatshaushalts

Im Jahre 1998 muß aus dem Zentralhaushalt der Regierung für die Rückzahlung von Kapital und Zinsen aufgenommenen in- und ausländischer Kredite ein Betrag von 234,86 Mrd. Yuan bereitgestellt werden. Gegenüber 1997 stellt dies eine Steigerung um 43,177 Mrd. Yuan dar. Da die Zentralregierung außerdem ein neues Defizit von rd. 46 Mrd. Yuan finanzieren muß, ist für dieses Jahr die Emission in- und ausländischer Anleihen mit einem Volumen von rd. 280 Mrd. Yuan vorgesehen. (SWB FE/3182 S1/4, 23.3.98) Im letzten Jahr fan-